**Reden über unsere Narrative, Bilder und Tabu-Zonen**Günther Marchner

Der Überfall der russischen Armee unter Putins Führung auf einen souveränen europäischen Staat sowie das Reden über Europa, Russland und die Ukraine, dass ich seit vielen Jahren höre, sind für mich Anlass, einige der Narrative, Bilder und Tabuzonen, mit denen wir uns im von Frieden und Wohlstand markierten mitteleuropäischen Wohnzimmer eingerichtet haben, zu thematisieren.[[1]](#footnote-1) Einige davon betreffen „uns“ selbst, damit meine ich all jene, die sich als pazifistisch, links und liberal verstehen. Andere Narrative betreffen das verbreitete Selbstbild von Europa.

Wir wissen alle nicht, was in ein paar Monaten sein wird, was wir dann für wichtig halten und worüber wir sprechen werden. Ich hab nun an dieser Stelle versucht, Narrative, Bilder und Tabuzonen, die mich beschäftigen und die mir in Verbindung mit den derzeitigen Vorgängen und unserer europäischen Zukunft als wichtig erscheinen, zu thematisieren, da ich es für wert halte, darüber zu reden. Mögen manche die Darstellungen für zugespitzt und übertrieben halten, so ist das durchaus meine Absicht. Manche Flüchtigkeitsfehler möge man mir hingegen nachsehen.

Also:

Es gibt die Erzählung einer sich ausbreitenden NATO, die russische Reaktionen provoziert: Diese Erzählung habe ich – zumindest bis zum 24. 2. 2022 - in Gesprächen mit Bekannten und Freunden so oft gehört, dass ich fast dazu geneigt gewesen wäre, Putin „auch“ zu verstehen. Dieses Narrativ folgt der populären (wie oft unhinterfragten) Annahme von der NATO als militärischen Arm eines westlich-kapitalistischen Imperialismus unter Führung der USA, die sich ungerechtfertigter Weise im ehemaligen russischen Machtbereich ausdehnt. Auch wenn man dem „Westen“ imperiale Ansprüche wahrlich nicht absprechen kann: Diese Erzählung ignoriert jene Entwicklung, die mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion einsetzte, nämlich die Flucht- und Absetzbewegung ehemaliger Sowjetrepubliken und Satellitenstaaten vor dem Trauma der sowjetischen Herrschaft. Solange es ein Zeitfenster dafür gab, beeilten sich die baltischen Staaten oder zum Beispiel Polen, die NATO als Schutzschirm und die Europäische Union als Integrationsraum für freie demokratische Gesellschaften wahrzunehmen. Die Erweiterung der NATO Richtung Osteuropa geschah aus freien Stücken ehemaliger Sowjetrepubliken und Satellitenstaaten. In der derzeitigen Situation braucht es wohl Einiges an Phantasie, um sich den NATO-Generalsekretär Stoltenberg als Militaristen und Kriegstreiber und die NATO als eskalierendes Militärbündnis vorzustellen.

Entscheidend für die Vorgänge in Russland und für den Krieg in der Ukraine ist ein politischer Wandel Russlands unter Putin hin zu einem autoritär-nationalistisch-faschistischen System. Es handelt sich um ein System, das durch die Willkür staatlicher Gewalt, der Stärkeren und der Reichen geprägt ist. Damit in Verbindung steht das Trauma des Verlustes vergangener imperialer Größe und das Selbstbild einer unschuldigen russischen Nation, erfüllt von der Vision der Wiederherstellung der „russischen Welt“ und dem „Sammeln“ russischer Erde. Zu diesem System gehören vor allem die Abkehr von Rechtstaatlichkeit und anderen Merkmalen liberaldemokratischer Staaten sowie eine Politik des permanenten Ausnahmezustandes und damit verbundener Bedrohungsszenarien. Als Putin 2012 zum dritten Mal zum Präsidenten gewählt wurde, eine Wahl die von zahlreichen Protesten in russischen Städten wegen Manipulationsverdacht begleitet war, verband er diese innere Bedrohung mit der inszenierten Bedrohung von außen: nämlich durch Europa und Amerika. Diese Entwicklung gipfelt inzwischen unter anderem darin, dass zum Beispiel eine NGO wie „Memorial“, die an die Gewaltgeschichte Russlands und der ehemaligen Sowjetunion öffentlich erinnert, verboten bzw. zu einer ausländischen Bedrohung erklärt wurde. Für das aktuelle politische System ist in der russischen Öffentlichkeit – logischerweise könnte man meinen - kein Platz für die Erinnerung an staatliche und politische Gewalt sowie an die Fremdherrschaft über zahlreiche Gesellschaften. Wenn man die Entwicklung der 2010er Jahre Revue passieren lässt, ist der gegenwärtige Überfall auf die Ukraine keine unvorhersehbare Angelegenheit (wiewohl sich kaum jemand so etwas vorstellen konnte, auch ich nicht), sondern die Konsequenz einer Entfremdung und Abkoppelung von Putins Führungskreis von einem liberaldemokratisch verfassten Europa hin zu einem Gegenmodell (Eurasien), welche letztlich zu einer aktiven Gegnerschaft zum Westen geführt hat. Ehemalige Sowjetrepubliken mit Westorientierung, und das war bei der Ukraine seit 2004 in wachsemden Ausmaß der Fall, sind aus Putins Perspektive unter „Kontrolle“ zu bringen. Die Cyber-Attacken der letzten Jahre, die Trollfabriken und Medienoffensiven zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, der Sieg des Wunschkandidaten Putins in den USA im Jahr 2016 (Trump), die Einflussnahme auf Wahlen und Abstimmungen (Brexit), die Korrumpierung europäischer Eliten (vor allem auch österreichischer) und die Finanzierung rechtsradikaler und nationalistischer Parteien in Europa sind mit einer Absicht zusammenfassen: die Destabilisierung und Schwächung der Europäischen Union als für Putins Regime nicht zu akzeptierendes politisches System.

Verteidigung und Neutralität als Tabu-Zone? Ich bin mit Bildern des Pazifismus und der Neutralität aufgewachsen, welche sich in dieser Lage zu einem „Salonpazifismus“ und zu einer „Lebenslüge“ zu verwandeln scheinen. Es scheint jedoch ein Tabu zu sein, folgendes anzusprechen: nämlich die Fähigkeit zur militärischer Verteidigung einer Gemeinschaft demokratischer Staaten. Ist allein das schon zu denken militaristisch, böse und falsch? Überlassen wir damit das Thema militärischer Verteidigung nicht jenen Kräften, denen wir es nicht überlassen sollten?

Auch wenn wir davon ausgehen, dass moderne Kriege in unseren Wohlstandszonen (nicht im Rest der Welt) überwiegend als Wirtschaftskriege und Cyber-Wars und als Destabilisierung von „Feinden“ und Konkurrenten geführt werden. Auch wenn wir davon ausgehen, dass der Vermeidung von Konflikten, dem Aufbau fairer Beziehungen und der Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit, dass Diplomatie sowie Friedens- und sonstigen Beziehungsarbeit eine vorrangige Aufgabe vor militärischer Verteidigung zukommen soll: Muss man nicht gleichzeitig auch über die Fähigkeit zur gemeinsamen militärischen Verteidigung Europas nachdenken, vor allem wenn seit mindestens 10 Jahren die USA kommunizieren, dem europäischen Kontinent nicht mehr zur Verfügung zu stehen? Aber wie kann sich ein Kontinent verteidigen, wenn er gar keine entsprechenden Mittel und Fähigkeiten dafür besitzt?

Aus dieser Perspektive und vor dem Hintergrund der Entwicklung der letzten Jahrzehnte halte ich auch die österreichische Neutralität, vor allem in ihrer derzeitigen bequemen wie schlampigen Praxis, für durchaus hinterfragenswürdig. Die Souveränität von Kleinstaaten wie Österreich wird wohl weniger durch unseren Staatsvertrag als durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (übrigens besteht in dieser Hinsicht Beistandspflicht) sowie durch unserer geografischen Lage gewährleistet, da wir von befreundeten NATO-Mitgliedern umgeben sind. Wir profitieren damit von einer geografisch-politischen Konstellation, aber welchen Beitrag leisten wir dafür? Wenn wir uns schon einer Welt der Rechtsstaatlichkeit, der individuellen Freiheit und einer liberalen Demokratie verpflichtet fühlen, welche Art von „Neutralität“ wollen wir denn praktizieren - gegenüber einem Konflikt zwischen autoritärer Herrschaft und Demokratie? Falls man von der Sinnhaftigkeit militärischer Verteidigung ausgeht, wie sinnvoll ist dann unser Bundesheer in seinem derzeitigen Zustand und wie sinnlos ist erst die Finanzierung einer überteuerten Abfangjägerflotte (und damit verbundene Geschäftemacher)? Wär es da nicht sinnvoller, darüber nachzudenken, wie man Teil eines gemeinsamen europäisch-kooperativen Verteidigungssytems sein könnte? Zumindest sollte die Rolle als neutraler Staat neu, aktiv und zeitgemäßer interpretiert werden (siehe die Diskussionen in Schweden und Finnland).

Erzählungen über die Ukraine: Wir distanzieren uns zu Recht aufgrund historischer Erfahrungen von Nationalismus und von einem Nationsverständnis des 19. Jahrhunderts, das zu entsprechenden Ergebnissen geführt hat (dies führte letztlich zur Gründung der Europäischen Union). „Nation“ sehen wir als keine Kategorie mehr, obwohl es nationale Konflikte gibt und obwohl gerade Europa sich im Spannungsfeld zwischen nationalen Interessen und supranationalen Institutionen bewegt. Man kann jedoch die Tatsache dass es so etwas wie „Nation-Building“ (als Wandel und Prozess) gibt, nicht ignorieren. Das zeigt nicht nur das Beispiel Österreichs nach 1945, sondern vor allem auch der Fall der Ukraine (eine ukrainische Unabhängigkeitsbewegung gibt es seit dem 19. Jahrhundert). Die Bildung neuer Nationalstaaten aus den Zerfallsprozessen von Imperien begleitet Europa seit 1918. In vielen Fällen sind nationalstaatliche Entwicklungen durchaus problematisch. Aber die Tatsache der Existenz der Ukraine wurde bis zur orangenen Revolution von 2004 quasi ignoriert. Und in vielen Gesprächen seither wurde dieses Land vorrangig mit Nationalismus und Korruption in Verbindung gebracht und nicht als ernstzunehmender Staat wahrgenommen. Dieses Narrativ ignoriert, dass die Ukraine mehr als andere von Mehrsprachigkeit und Multikulturalität, vor allem aber vom Bemühen geprägt ist, der wiederkehrenden Gefahr einer autokratischen Herrschaft und eines Status als Vasallenstaat ohne Rechtstaatlichkeit zu entkommen und sich deshalb nach Europa bzw. dem Westen orientiert.

Ostmittel- und Osteuropa als blinder Fleck: Unsere gewohnte österreichische und die westeuropäische Perspektive entsprechen nicht der Perspektive unserer benachbarten mittelost- und osteuropäischen Länder (mit den Erfahrungen des Sowjet-Kommunismus im Nacken). Die Differenz zwischen dem wohlhabenden westlichen und dem ärmeren östlichen Europa ist – analog zum innerdeutschen Verhältnis – nicht kleiner geworden. Man ist nach 1989 naiv bis vorsätzlich von den Heilungskräften des Marktes ausgegangen, die Politik ersetzen und zu einer wundersamen demokratischen Transformation nach westeuropäischen Vorbildern und zum vielzitierten „Ende der Geschichte“ führen würde. Diese Entwicklung zog in der Folge nicht überall blühenden Landschaften sondern problematische Verwerfungen nach sich. Der Glaube an eine derartige „Transformationsautomatik“, aber vor allem eine verbreitete Ignoranz und ein Desinteresse an unserer östlichen Nachbarschaft haben letztlich zu zwei Kategorien von EU-Mitgliedern geführt, die auch die bisherige Dynamik (Stichwort „Visegrad“) mitzubestimmen scheinen. Die führenden westeuropäischen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hinterfragen nicht ihre Mitverantwortung für die Entwicklung von Gewinnern und Verlierern, die letztlich auch zu einem Motor nationalistischer und populistischer Parteien in Osteuropa wurde. Wir übersehen, dass sich BürgerInnen osteuropäischer Staaten oft als EU-BürgerInnen zweiter Klasse fühlen. Mittelosteuropa und Osteuropa sind jene Zonen, wo man in der Regel nicht auf Urlaub hinfährt, wo man die Geschichte der Länder nicht kennt und diese in der Regel als ärmer und rückständiger wahrnimmt. Das hat dem gegenseitigen Verhältnis nicht gut getan. Aber vor allem wurde von uns allen das Verhältnis zu Russland unterschätzt. In einer Phase als Russland dabei war, sich neu zu orientieren und als es durchaus Optionen und Zeitfenster Richtung Europa gab, wurde es verabsäumt, mehr für eine gemeinsame europäische Entwicklung und Sicherheitsarchitektur zu tun – anstatt seit gut 20 Jahren mit Ex-KGB-Netzwerken und Oligarchen Geschäfte zu machen und Beziehungen zu pflegen.

Das Narrativ des dekadenten Westens: Die Überfülle an Konsumgütern und ein ressourcenaufwendiger Lebensstil lassen viele von uns vor unserer eigenen Gesellschaft grausen. Wir halten unsere westliche Kultur in sozialer und ökologischer Hinsicht wohl zu Recht für nicht zukunftsfähig. Zu einer tradierten selbstkritischen Haltung zum kapitalistisch-imperialistischen „Westen“ in unseren Kreisen gesellt sich auch eine kritische Haltung zur westlichen Kultur. Wir sind allzu geneigt, wie Michel Houellebecq in manchen seiner Romane, ein dystopisches Bild des dekadenten Westens zu zeichnen, welcher seine eigene Wurzeln und Werte im Müll von Konsum- und Unterhaltungsindustrie verschüttet hat. Allerdings dient dieses Bild der westlichen Kultur, vor allem das Ausmaß an individueller Freiheit, rechtsradikalen und islamistischen Reinheitsgeboten und auch den Vorstellungen autokratischer Regime wie Putins Russland als wahres Feindbild. Carlo Strenger hat in einem bemerkenswerten Essay (Abenteuer Freiheit) darauf hingewiesen, dass wir selbst dabei sind, jene Grundlagen zu verlieren, auf die es im „Westen“ eigentlich ankommt: auf die kulturellen Grundlagen einer freien und modernen Gesellschaft. Es geht um das, was die Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten ausmacht: nämlich individuelle Freiheit von Zwängen (der Religion, der Tradition, der Obrigkeit usw.) einerseits und die Möglichkeit und Fähigkeit zur autonomen Gestaltung eines „way of live“ andererseits. Es geht aber eben nicht nur um Freiheit, alles konsumieren und sich gut unterhalten zu können, sondern um Freiheit als „Disziplin“, als Lebenskultur. Es handelt sich dabei um ein Gut, dass man/frau sich erarbeiten muss. Europa ist ein Kontinent, der nach den Katastrophen der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert Konsequenzen gezogen und daraus entsprechende Institutionen geschaffen hat: Institutionen, die auf Rechtstaatlichkeit und individuellem Rechten beruhen (so wie die Menschen- und Grundrechte allgemein) - wenn schon nicht in der Realität, so doch zumindest auf dem Papier und als Versprechen. Es scheint, dass viele von uns nicht mehr in der Lage sind, diese Werte selbstbewusst zu verteidigen, weil es davon mehr kaum ein Bewusstsein und dazu kaum mehr ein Verhältnis dazu gibt. Freiheit wird mit der Freiheit zum privaten Konsum und als Möglichkeit zum Rückzug ins Private verstanden, als Freiheit, in Ruhe gelassen zu werden und keine Verantwortung für andere (außer für die „eigenen Leute“) übernehmen zu müssen (die Corona-Proteste waren meines Erachtens dafür zum Teil ein geeigneter Ausdruck).

So erscheinen uns jene UkrainerInnen, die am Maidan 2014 und aktuell mit vollem persönlichem Risiko für „europäische Werte“ eintraten und eintreten, ein wenig wie peinliche Romantiker. Aber vielleicht verdrängen wir damit etwas, weil wir es nicht ertragen können, dass sie an etwas appellieren, von dem wir kaum noch in der Lage sind, es wahrzunehmen.

Das offizielle Selbstbild Europas und die Realität: Die UkrainerInnen zeigen uns mit ihrer Sehnsucht nach Europa als Gegenbild zum Leben in autoritären Verhältnissen, was sie von Europa erwarten. Sie scheinen uns zu zeigen, dass Europa vielleicht doch ein bisschen mehr ist als eine Konsum- und Wachstumsmaschine, die uns alle vor sich herjagt, nicht zur Ruhe kommen und uns jene Werte nicht mehr sehen lässt. Das offizielle Europa erscheint formal und in Sonntagsreden wahrlich als Paradies. Aber nicht nur die UkrainerInnen, sondern viele andere Menschen in Afrika und Asien sehen die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit eines Kontinents, der einerseits von universal verstandenen Werten wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechten spricht und sich andererseits in der nachkolonialen Tradition gegenüber seinen afrikanischen und asiatischen Nachbarn eben gar nicht so verhält.

Wenn schon von einer „Zeitenwende“ die Rede ist, so sollte dies vor allem auch für die Frage gelten, wie sehr Europa und der Westen in der Lage sind, ihrem Selbstbild zu entsprechen und eigenen Ansprüchen zu genügen. Zum Beispiel anhand einer tatsächlich humaneren Migrations- und Flüchtlingspolitik, wie sie zum Beispiel der Migrationsexperte Gerald Knauss als machbar skizziert, ohne dass Europa zusammenbricht. Oder damit in Verbindung eine Vertiefung der Beziehungen zur afrikanischen und asiatischen Nachbarschaft auf Augenhöhe und nicht in herablassenden Manier. Nicht zuletzt wird sich das Gesicht Europas im Spiegel der Menschenrechte darin zeigen, ob man es schafft, zwischen den zahlreichen ukrainischen Geflüchteten und den anderen Geflüchteten afrikanischer und asiatischer Herkunft keinen Unterschied zu machen und das Recht auf Asyl und Hilfe für alle geltend zu machen.

Gerade für eine Europäische Union, welche als politisch-institutionelles System weltweit etwas Neues wie Einzigartiges darstellt und auch universelle Ansprüche transportiert, wäre es wohl angemessen, über die Entwicklung einer Sicherheits- und Militärarchitektur hinaus mehr für die Schaffung einer übergreifenden Friedensordnung, für globale „Beziehungsarbeit“ wie sonstiger politischer „Innovationen“ zu tun und sich nicht, wie in den letzten Jahren, als ängstliche Wagenburg zu verhalten.

Man sieht jetzt, dass dies wohl keine Option ist.

1. Meine Anregungen zum Überdenken beruhen einerseits auf Reiseeindrücken, Beobachtungen und damit verbundenen Gesprächen zwischen 2009 und 2018 in Russland, der Ukraine, Polen, Litauen, Lettland, Rumänien, Georgien u.a. osteuropäischen Ländern. Andererseits beruhen sie auf der Lektüre der Publikationen von Journalisten, Politikwissenschaftern und Historikern, dabei möchte ich Folgende hervorheben: Timothy Snyder (2018). Der Weg in die Unfreiheit: Russland, Europa, Amerika; Philip Ther (2014): Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa; Masha Gessen (2018): Die Zukunft ist Geschichte. Wie Russland die Freiheit gewann und verlor; Carlo Strenger (2017): Abenteuer Freiheit. Ein Wegweiser für unsichere Zeiten; Juri Andruchowytsch (Hg) (2014): Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht; Irina Scherbakowa/Karl Schlögl (2015): Der Russlandreflex. Einsichten in eine Beziehungskrise; Karl Schlögel (2015): Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen; Gerald Knaus (2020): Welche Grenzen brauchen wir? Zwischen Emphatie und Angst – Flucht, Migration und die Zukunft von Asyl [↑](#footnote-ref-1)